



**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Hauptausschuss**

22.02.2021

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 18.02.2021

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, Leitung der Sitzung

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau **Renger**, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, eröffnet die 21. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Mitglieder sowie die anwesenden Gäste.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang am 10.02.2021, Ergänzung am 11.02.2021).

Es sind 13 von 13 Hauptausschussmitgliedern anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 19. Sitzung des Hauptausschusses am 07.01.2021 und der 20. Sitzung des Hauptausschusses am 21.01.2021

Die Niederschrift der 19. Sitzung des Hauptausschusses wird mit 11 Dafürstimmen und 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, schlägt vor, die Niederschrift der 20. Sitzung in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 04.03.2021 zu beschließen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen der Verfahrensweise zu.

TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, informiert aus der Vorstandssitzung des Städte- und Gemeindetages vom Vortag.

Das Finanzausgleichsgesetz 2020 wurde hinreichend argumentiert. Dennoch hat man sich zur Bildung einer Arbeitsgruppe „Kommunale Finanzausstattung ab 2022“ gemeinsam mit dem Landkreistag verständigt. Die Auswirkungen der Infrastrukturpauschale und der Übergangszuweisungen sollen u. a. diskutiert werden.

Zudem gab es einen Austausch zum Umgang mit der derzeitigen Corona-Situation in den unterschiedlichen Gemeinden. Unter anderem wurde auch die heutige Beschlussvorlage zu kommunalen Unterstützungsleistungen diskutiert. Man war sich einig über eine möglichst schnelle Öffnung des Einzelhandels und der Gastronomie unter dementsprechenden Auflagen/Hygienekonzepten und mit technischer Unterstützung für die Aufnahme von personenbezogenen Daten. Er berichtet von einer App für die Nachverfolgung (LUCA), die aus dem Kreis der Unternehmer kommt. Aus den Gesprächen der kommunalen Arbeitsgruppen kommt die Bitte der Unternehmerschaft, den Umgang mit dem Ladenöffnungsgesetz zu prüfen. Längere Öffnungszeiten und die häufigere Öffnung an Sonntagen erscheinen jedoch angesichts des Mitspracherechts der Gewerkschaften und Kirchen schwierige Themen. Herr Witt teilt außerdem mit, dass der Städte- und Gemeindetag M-V bereits 687 Mitgliedskommunen von ungefähr 750 Kommunen insgesamt hat. Die Gemeinde Brunow, die in Westmecklenburg liegt, wurde gestern als neues Mitglied aufgenommen.

Zudem erfolgte eine Videokonferenz mit den Pflegeeinrichtungen der Stadt Neubrandenburg. Auf das Schreiben an den Landrat, in dem u.a. fünf konkrete Bitten geäußert wurden, hat der Landkreis geantwortet. 28 Helfer aus den Reihen der Bundeswehr und 100 Freiwillige, die einem entsprechenden Aufruf des Jobcenters gefolgt sind, unterstützen derzeit. Für die verbesserte Ansprechbarkeit des Gesundheitsamtes wurden die Mitarbeitenden mit der direkten Durchwahl benannt, es arbeiten vier mobile Abstrichteams im Landkreis und mehr PCR-Tests werden durch das Gesundheitsamt bereitgestellt. Das Schreiben würde er den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern zur Verfügung stellen. Zuletzt informiert Herr Witt darüber, dass der Finanzminister, der für die Liegenschaften des Landes Mecklenburg-Vorpommern zuständig ist, schriftlich erklärt hat, dass entsprechend eines Gutachtens die ehemalige Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg keinen Denkmalwert hat. Insofern kann auf Arbeitsebene in der Verwaltung und mit dem Ministerium ein möglicher Ankauf diskutiert werden.

Ratsherr **Kuhnert**, Fraktion Die Linke, stellt das Benehmen mit dem Hauptausschuss für eine Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 10.03.2021 um 17:00 Uhr im Haus der Kultur und Bildung her. Inhalt dieser Sitzung soll die Vorstellung des Zwischenberichts der Machbarkeitsstudie bezüglich der Schwimmhalle in Neubrandenburg durch die Firma kplan AG sein.

Ratsfrau **Dr. Kuhk**, Fraktion CDU, erinnert die Stadtverwaltung an den Beschluss zu digitalen Sitzungsmöglichkeiten beziehungsweise zur Abhaltung von Ausschusssitzungen als Hybridsitzungen. Die Möglichkeit zum Schutz der Gesundheit sollte geschaffen und genutzt werden.

Ratsfrau Dr. Kuhk sei aufgefallen, dass es Drucksachen gibt, die den ersten Hauptausschuss nicht passieren, sondern gleich in den jeweiligen Fachausschuss gehen und dann im zweiten Hauptausschuss beschlossen werden sollen. So haben die Fraktionen keine Gelegenheit, diese Drucksachen zu beraten. Ratsfrau Dr. Kuhk möchte wissen, warum die Drucksachen der nichtöffentlichen TOP 19 und 20, die zur Beschlussfassung durch den heutigen Hauptausschuss vorgesehen sind, nicht den Stadtentwicklungsausschuss passieren, obwohl dieser zuständig wäre. Stattdessen soll der nichtöffentliche TOP 21 durch den Finanzausschuss und Stadtentwicklungsausschuss gehen, obwohl den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern die Thematik bekannt ist und der Vergabe-Schwellenwert eine Beschlussfassung im Hauptausschuss zuließe.

Ratsfrau Dr. Kuhk regt an, dass die Verwaltung prüft, ob auf der zukünftigen Nord-Süd-Fußgängerachse in der Oststadt, die breiter als 5 Meter werden soll, zukünftig nicht doch auch Radfahrende zugelassen werden können. Die Stadtvertretung hat bisher lediglich im Hauptausschuss die Vergabe der Fußgängerachse, nicht die Planung beschlossen. Sollte die Verwaltung bezüglich des Anliegens auf der Achse auch Radfahrende zuzulassen zu einem negativen Prüfergebnis kommen, wird die CDU-Fraktion einen entsprechenden Beschlussvorschlag einbringen.

Zuletzt erklärt sie, dass eine Drucksache der CDU-Fraktion für die nächste Sitzung des Hauptausschusses vorliegt, mit der beschlossen werden soll, die nächste Sitzung der Stadtvertretung live zu übertragen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, berichtet, dass die Verwaltung an der Umsetzung des Beschlusses zur Aufrechterhaltung der Arbeit der Stadtvertretung und ihrer Ausschüsse während der SARS-CoV-2-Pandemie arbeitet, dass aber bei Tests bisher diese Sitzungen technisch nicht einwandfrei funktioniert haben. Dazu kommt, dass die datenschutzrechtliche Komponente geklärt werden muss, insbesondere in Bezug auf die nichtöffentliche Sitzung.

Herr **Modemann**, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, berichtet, dass bei einem entsprechenden Test festgestellt wurde, dass eine stabile Verbindung zum Livestream nur mühsam möglich ist.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** sagt, dass die Verwaltung die Kosten für die Einbindung eines Dienstleisters bereits ermittelt hat, dies in der erwähnten Drucksache dargestellt und eine Deckungsquelle gefunden wurde.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister wird die Fragen von Ratsfrau Dr. Kuhk schriftlich beantworten. Sein Vorschlag zur Nord-Süd-Fußgängerachse wäre, wenn diese realisiert wurde, ein Pilotprojekt zu starten, um sich für einen gewissen Zeitraum nach der baulichen Fertigstellung anzuschauen, wie es funktioniert, wenn sich Radfahrer*innen und Fußgänger*innen diese Fußgängerachse teilen.

Ratsfrau **Wegner**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erkundigt sich, ob das Grünflächenkonzept für die Luhmann-Villa inzwischen vorliegt und ob man davon ausgehen kann, dass das Grundstück entsprechend der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern auch begrünt wird und nicht nur als Parkplatz dient.

Ratsfrau Wegner bittet um Prüfung, ob es möglich ist, die Radwege an den Hauptwegen kurzfristig vom Streusand zu befreien.

Herr **Renner**, Leiter des Fachbereiches Stadtplanung, Wirtschaft, Bauaufsicht und Kultur antwortet, dass es eine Baugenehmigung für die Sanierung der Luhmann-Villa gibt und diese Sanierung weit fortgeschritten ist. Wie mit den privaten Freiflächen im Rückraum der Villa umgegangen wird, muss mit dem Bauherrn noch besprochen werden. Die Vier-Tore-Stadt verfügt über Flächen vor der Villa in Richtung Ring und in Richtung Oberbach, für die die Objektplanung noch realisiert werden muss, damit Klarheit über die Gestaltung besteht. Die Finanzierung dieser Grünflächengestaltung ist erst Thema der Haushaltsplanung 2022 der Stadt Neubrandenburg.

Ratsherr **Schwanke**, Fraktion CDU, möchte nicht warten, bis die Nord-Süd-Fußgängerachse in der Oststadt realisiert ist, sondern die Möglichkeit ihrer Nutzung durch Radfahrende im Voraus einplanen, er würde daran arbeiten wollen, schon mittelfristig eine Lösung zu finden. Die von ihm auch schon vernommene Variante, einen Teil der Nord-Süd-Fußgängerachse nicht als Radweg einzurichten, empfindet er als gefährlich für die spielenden Kinder und älteren Menschen.

Die Frage von Herrn Witt nach einer Umplanung verneint Ratsherr Schwanke, wonach der Oberbürgermeister seine Auffassung wiederholt, nach Bau der Achse zu schauen, wie die Strecke tatsächlich genutzt wird.

Ratsherr **Kuhnert**, Fraktion DIE LINKE, schlägt vor, das Projekt in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses aufzurufen, um gemeinsam mit der Verwaltung eine praktikable Lösung für das Nebeneinander von Fußgänger*innen und Radfahrenden zu finden.

TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses,

- zieht die Drucksache **BV/VII/0144** zurück. Diese soll erst in der Sitzung der Stadtvertretung am 27.05.2021 behandelt werden,
- bittet darum, die Informationsvorlage **INF/VII/0035** - Sachstand zum Hotelprojekt Markgrafenhof als TOP 29 nachzutragen und schlägt vor, diesen als letzten Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil der Sitzung nach dem TOP 18 zu behandeln,
- schlägt vor, die Drucksachen **BV/VII/0130** und **BV/VII/0131** (TOP 17 und TOP 18) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Ratsfrau **Wegner**, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, bittet um Aufnahme eines TOP 30 – Beschluss über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses. Sie begründet den Antrag mit dem Beschluss STV/13/16/2021, der in der Sitzung der Stadtvertretung am 4.02.2021 gefasst wurde.

In der Diskussion zu diesem Antrag gibt Ratsherr **Schnell**, AfD-Fraktion, zu bedenken, dass in den Sitzungen des Hauptausschusses oft eine gewisse Zahl nichtöffentlicher Gegenstände zur Beratung anstehen, weshalb im Landkreis dieser Ausschuss nicht als digitale Sitzung stattfindet, Ratsherr **Kowalick**, Fraktion DIE LINKE, erinnert daran, dass das Gesetz zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit von Kommunen während der Corona-Pandemie die Möglichkeit von Ausnahmen zu Präsenzsitzungen vorsieht, er sieht das Umlaufverfahren als Entscheidungsmittel der Wahl und Ratsfrau **Dr. Kuhk**, CDU-Fraktion, schlägt vor, sich über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung im nichtöffentlichen Teil zu verständigen, da kein Beschlussvorschlag zum Antrag von Ratsfrau Wegner vorliegt. Nach weiterer Diskussion schlägt sie ein Verfahren vor, das die Ausschüsse in jeder Sitzung in die Lage versetzt, für die nächste Sitzung die Art ihrer Durchführung festzulegen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses fasst zusammen, dass in der vorangegangenen Diskussion erläutert wurde, dass die Stadt noch nicht in der Lage ist, digitale Sitzungen und Einbezug der Öffentlichkeit vorzubereiten und verweist auf die Beratungen mit dem Dienstleister.

Ratsfrau **Reinsdorf**, Fraktion DIE LINKE, erwartet in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung am 18.03.2021, keinen Bericht, ob der Dienstleister der Stadt zur Vorbereitung von digitalen bzw. Hybrid-Gremiensitzungen in der Lage ist, sondern möchte wissen, wie er das umsetzt.

Herr **Witt** schlägt vor, TOP 4 – Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich) noch einmal aufzurufen und über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses abzustimmen. Diese Abstimmung ergab, dass mehrheitlich eine Sitzung in Präsenz gewünscht wird.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung: Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

- TOP 6** Abhandlung der bestätigten Tagesordnung
- TOP 7** Öffentliche Beratungsgegenstände
- TOP 8** Festlegung des Termins zur Wahl der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0144

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung gestrichen.

- TOP 9** Bibliothekskonzeption 2025 für die Regionalbibliothek Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0149

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses, führt kurz in die Konzeption ein, in der auf ca. 70 Seiten die mögliche Perspektive der drittgrößten von insgesamt 99 kommunalen Bibliotheken in Mecklenburg-Vorpommern beschrieben wird.

Ratsherr **Kowalick**, Fraktion DIE LINKE, beantragt die Behandlung des Konzeptes in zwei Lesungen, damit die Fraktionen mehr Zeit haben, sich damit zu beschäftigen.

Herr **Witt** übernimmt den Antrag.

Ratsfrau **Paulitschke**, Fraktion der SPD, beantragt die Behandlung der Drucksache auch im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport, da es in dem Konzept schließlich auch um Bildung für Kinder und Jugendliche ginge.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die erweiterte Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 10** Teilnahme von Vertreter*innen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg an der 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
Vorlage: BV/VII/0157

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mehrheitlich in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 11** Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie und zur Stärkung der lokalen Wirtschaft
Vorlage: BV/VII/0163

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, erläutert, dass Basis für die Beschlussvorlage zwei Sitzungen der Arbeitsgruppe war. In der ersten Arbeitsgruppensitzung hat man relevante Themen gesammelt. Man war sich schnell einig über die Problematik der Sondernutzungsgebühren und den Umgang mit Stundungen der Gewerbesteuer. Dazu gab es zwei Fraktionsvorlagen, die in der letzten Sitzung der Stadtvertretung beschlossen wurden. In der 2. Sitzung hat man sich ausgetauscht, welche Maßnahmen die Kommune unternehmen kann, um den lokalen

Einzelhandel und die lokale Gastronomie zu unterstützen. Neben einem Appell an Berlin und Schwerin zum schnelleren Handeln, wird im Beschlusspunkt 2 das Stadtgeld vorgeschlagen, mit 500.000 EUR könnte ein Gutschein-System in Gang gesetzt werden, von dem zusätzlich zum bestehenden System Gastronomie und Einzelhandel profitieren würden. Auch eine finanzielle Unterstützung für Unternehmer*innen in Form des Unternehmerlohns ist angedacht. Im Beschlusspunkt 4 sollen die Bemühungen um Fördermaßnahmen nachhaltig mit einer stärkeren Personaldecke untermauert werden.

Herr Witt bittet um Verständnis für die kurzfristige Vorlage der Drucksache nach der 2. Arbeitsgruppensitzung.

Ratsherr **Schwanke**, CDU-Fraktion, kritisiert den Verfahrensweg. Damit meint er, dass am Tag nach der Arbeitsgruppensitzung die Vorlage erarbeitet wurde und einen Tag später diese bereits in der Presse zitiert wurde. Damit wird eine Erwartungshaltung über die Medien ausgelöst, mit der sich die Stadtvertreter – in die Presseinformation nicht eingebunden – konfrontiert sehen. Es gibt bereits Anfragen aus dem Mittelstand, obwohl die Finanzierung noch nicht geklärt sei.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister fasst die Entstehung der vorliegenden Drucksache zusammen, erläutert, dass nach einer Sammlung von Ideen in Verwaltung und Stadtvertretung zwei Fraktionsvorlagen entstanden sind, in der 2. Arbeitsgruppensitzung die jetzt zu behandelnde Drucksache vorbereitet wurde und er in dieser Sitzung auch die Beschlussvorlage angekündigt habe. Diese hat Herr Witt nicht – wie sonst üblich – ausführlich in seiner Dienstberatung besprochen, sondern in einem Umlaufverfahren innerhalb der Verwaltung bewerten lassen, damit sie so schnell wie möglich in die Beratungsfolge gehen kann. Gleichzeitig wurde in der Arbeitsgruppe auch besprochen, dass die Inhalte der Vorlage so schnell wie möglich öffentlich bekannt sein sollten.

Ratsfrau **Reinsdorf**, Fraktion DIE LINKE, weist darauf hin, dass die Not in den Vereinen in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport ebenfalls groß ist und bittet um Prüfung, ob die ausstehenden Zahlungen für März vorgezogen werden können.

Ratsherr **Schnell**, AfD-Fraktion, wendet sich an Ratsherrn Schwanke, betont, dass gerade die Gewerbesteuerbeiträge der Unternehmen zu einem erheblichen Maß zur Haushaltskonsolidierung beigetragen haben und bittet, mit der Diskussion um die Vorschläge zur Unterstützung der Unternehmen jetzt nicht das falsche politische Zeichen zu setzen.

Ratsherr **Schwanke** entgegnet, dass es ihm nur darum geht, dass die Zeitung bereits den Inhalt der Vorlage veröffentlicht hat, bevor sie behandelt werden konnte.

Ratsfrau **Paulitschke**, SPD-Fraktion, erinnert daran, dass die Arbeitsgruppe öffentlich tagen sollte, damit die Unternehmen eingeladen werden, sich zu beteiligen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, sieht keine Möglichkeit einer anderen Verfahrensweise. Es gab die Vereinbarung, dass die Ergebnisse der AG-Sitzung der Presse mitgeteilt werden, gleichzeitig wurde die Vorlage im Gremieninfoportal eingestellt und an die Fraktionen und Mitglieder des Hauptausschusses versandt.

Ratsherr **Kowalick**, Fraktion DIE LINKE, bestätigt diese Abstimmung des Verfahrensweges und bittet um Diskussion der Drucksache in den Fraktionen, damit eventuell noch Hinweise für Änderungen und Ergänzungen – man wird nicht alle erreichen und muss Mehrfachförderungen vermeiden - gegeben werden können.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 12 Fortführung und Betrauung der Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH (SJZ) mit Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit im Zeitraum ab 2021**
Vorlage: BV/VII/0136

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 13 1. Änderung der Unternehmenssatzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen "IKT-Ost AöR" (Informations- und Kommunikationstechnologien Ost) vom 19. März 2019**
Vorlage: BV/VII/0142

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 14 Beschluss über die Annahme einer Geldzuwendung der Ortsgruppe 1b der Volkssolidarität durch den Hauptausschuss für das I. Quartal 2021 – Geldzuwendung für die Anschaffung einer Robinie, die anlässlich des 75. Jahrestages der Volkssolidarität Neubrandenburg in der Südstadt gepflanzt wurde**
Vorlage: BV/VII/0121

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 15 Bericht über die Annahme von Spenden 2020**
Vorlage: INF/VII/0037

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 16 Bebauungsplan Nr. 113 „Am Neuen Tor/Turmstraße“
hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses**
Vorlage: BV/VII/0129

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte **17** und **18** werden in verbundener Aussprache behandelt.

- TOP 17 Städtebaulicher Rahmenplan der Stadt Neubrandenburg
„Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt“
1. Fortschreibung
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)**
Vorlage: BV/VII/0130

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 18 Städtebaulicher Rahmenplan der Stadt Neubrandenburg
„Nordstadt - Ihlenfelder Vorstadt“
1. Fortschreibung
hier: Beschluss der 1. Fortschreibung des Städtebaulichen
Rahmenplans „Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt“
Vorlage: BV/VII/0131**

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

- TOP 29 Sachstand zum Hotelprojekt Markgrafenhof
Vorlage: INF/VII/0035**

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Silvio Witt
Oberbürgermeister
Ausschussvorsitzender

gez. Sabine Renger
Protokollantin